

INNOVATIONSNACHRICHTEN

Newsletter des DIHK



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin | Telefon 030-20308-0 | Fax 030-20308-1000 | Internet: www.dihk.de
Redaktion: Dr. Michael Liecke | liecke.michael@dihk.de | Eva Schulz-Kamm | schulz-kamm.eva@dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Innovationsnachrichten aus Deutschland	2
DIHK veröffentlicht Innovationsreport 2011	2
DIHK stellt Positionspapier zu Beteiligungskapital vor	3
Deutschland öffnet sich für ausländische Fachkräfte	4
Tecnopedia gewinnt in 2011	5
Verleihung des Deutschen Zukunftspreises	5
Forschungsinvestitionen der Wirtschaft wachsen weiter	6
Neue Ausschreibungen	7
Neue Veröffentlichungen/ Neu im Internet	8
Innovationsnachrichten aus der EU	10
EU-Kommission stellt "Horizon 2020" vor	10
EU-Kommission legt Verordnung für mehr Risikokapital vor	11
2,5 Milliarden Euro zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen	12
Fahrplan für einen sicheren, wettbewerbsfähigen und CO2-armen Energiesektor	13
Neue Chefberaterin für Wissenschaft	13
Neue Ausschreibungen	14
Neue Veröffentlichungen/ Neu im Internet	14
Kurzmeldungen aus aller Welt	14
AHK Türkei eröffnet Büro in Izmir	14
Deutsch-Französischer Wirtschaftspreis verliehen	15
Auslandsportal "German RETech Partnership" startet	15
Technologietrends in Deutschland und weltweit	16
Ansprechpartner	19

Innovationsnachrichten aus Deutschland

DIHK veröffentlicht Innovationsreport 2011

„Innovationsdynamik deutscher Unternehmen ungebrochen“ – so lautet der Titel des neuen [DIHK-Innovationsreports 2011](#), über den am 29.12.2011 das [Handelsblatt](#) berichtet hat. Tenor der Auswertung: Die deutschen Unternehmen arbeiten weiter hart an ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Der Innovationsstandort Deutschland ist jedoch nicht immun gegen ein sich möglicherweise verschlechterndes konjunkturelles Umfeld in Europa. Die Politik sollte daher weitere Anstrengungen unternehmen, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft zu schaffen. Der Report nennt konkrete Politikempfehlungen zur Innovationsfinanzierung, zur Fokussierung der FuE-Förderung sowie zur Steigerung der Akzeptanz von Technologie und Innovation.

Die wichtigsten Ergebnisse in der Übersicht:

- Knapp 51 Prozent aller Betriebe geben an, ihre Innovationsanstrengungen in den nächsten zwölf Monaten zu erhöhen, 46 Prozent planen keine Veränderung und lediglich drei Prozent müssen eine Verringerung oder Streichung von Innovationsaktivitäten vornehmen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies allerdings eine Eintrübung. Damals hatten noch knapp 60 Prozent der Unternehmen mit ausgeweiteten Innovationsbudgets geplant, lediglich knapp 39 Prozent gingen von unverändertem Innovationsverhalten aus. Die weiterhin expansiven Innovationspläne der Betriebe zeugen von der immer noch vorherrschenden Geschäftszuversicht, und den insgesamt noch als gut eingeschätzten Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation am Standort Deutschland. Fachkräftemangel und Finanzierungsprobleme drohen allerdings die expansiven Absichten der Betriebe in Zukunft zu konterkarieren.
- Der Ausbau der Fachkräftebasis ist, wie bei der Vorjahresumfrage, das zentrale Anliegen der Unternehmen zur Verbesserung des Innovationsstandortes Deutschland. Knapp 56 Prozent der Betriebe fordern dies. Gut 57 Prozent der innovationsaktiven Unternehmen berichten bereits aktuell von Beeinträchtigungen durch den Mangel an Spezialisten. Diese deutliche Einschränkung des Innovationspotenzials der deutschen Unternehmen wird mittelfristig Bestand haben – gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Die Unternehmen reagieren mit einer breiten Palette von Aktivitäten auf die vorhandenen Fachkräftengpässe, müssen und werden diese in Zukunft aber weiter ausbauen.
- Nur noch neun Prozent aller Unternehmen berichten von verbesserten und 57 Prozent von gleichbleibenden externen Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Innovationsprojekte im Vergleich zum

Vorjahr, 35 Prozent hingegen von Verschlechterungen. Dabei geben mittlerweile 23 Prozent aller Betriebe an, keine externe Finanzierung für ihre Innovationsprojekte erhalten zu können. Dies bedeutet in der Rückschau seit 2009 eine kontinuierliche Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten für Innovationsprojekte. Die angespannte Finanzierungssituation trifft KMU noch härter als größere Unternehmen und verdeutlicht die Bedeutung einer soliden Eigenkapitalausstattung – 56 Prozent der Betriebe finanzieren ihre Innovationsprojekte demnach überwiegend aus dem Eigenkapital.

- Ein knappes Drittel der Unternehmen hat in den vergangenen drei Jahren ein Förderprogramm des Bundes bzw. der Länder in Anspruch genommen. Dabei werden Bundes- und Länderprogramme gleichermaßen nachgefragt. Gut 80 Prozent der Betriebe geben an, jeweils gute bis sehr gute Erfahrungen damit gemacht zu haben und stellen der staatlichen Förderung damit ein grundsätzlich gutes Zeugnis für aus. Mit Blick auf die europäische Forschungsförderung zeigt sich indes ein anderes Bild. Die Unternehmen bewerten diese deutlich schlechter. Während lediglich 15 Prozent mit deutschen Bundes- und Landesprogrammen schlechte Erfahrungen gemacht haben, beurteilen 30 Prozent Europäische Programme, negativ bis sehr negativ.
- Für 31 Prozent der Betriebe hat die Förderung einer technologieoffenen Gesellschaft für den Innovationsstandort Deutschland eine sehr hohe Priorität – bei den größeren Unternehmen (47 Prozent) sogar noch mehr als für KMU (27 Prozent).

Quelle: DIHK

DIHK stellt Positionspapier zu Beteiligungskapital vor

Die Stärkung der Eigenkapitaldecke über externes Beteiligungskapital ist hierzulande im internationalen Vergleich deutlich unterentwickelt. Deutschland ist wenig attraktiv als Fondsstandort. Das liegt auch am mangelnden Rechtsrahmen und an zu restriktiven Regelungen im Steuerrecht. Der DIHK hat Ende November 2011 ein [Positionspapier zu Beteiligungskapital](#) verabschiedet.

Es adressiert die folgenden Bereiche:

- Rechtssicherheit, das heißt insbesondere die gesetzliche Steuertransparenz für Beteiligungskapitalfonds,
- Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Verwaltungsleistungen für Fonds,
- Regelungen zur Nutzung des Verlustvortrags (§ 8c KStG, auch Mantelkaufverbot),
- Umsetzung der europäischen AIFM-Richtlinie

- Business Angels,
- sowie die von der öffentlichen Hand finanzierten bzw. mitfinanzierten Beteiligungsfonds wie ERP/EIF-Dachfonds und High-Tech-Gründerfonds.

Quelle: DIHK

Deutschland öffnet sich für ausländische Fachkräfte

Am 7. Dezember 2011 hat die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie ("Blaue Karte EU") der Europäischen Union beschlossen. Dieser sieht weitgehende Erleichterungen zur Fachkräftezuwanderung vor.

Demnach haben ausländische Absolventen deutscher Hochschulen künftig während der Suche nach einem dem Studienabschluss angemessenen Arbeitsplatz unbeschränkten Arbeitsmarktzugang und dürfen dann ein Jahr lang ohne Einschränkung in Deutschland arbeiten, um ihren Lebensunterhalt sicherzustellen. Auch wenn der DIHK sich für eine sofortige Niederlassungserlaubnis eingesetzt hat, verbessert die neue Regelung den Status quo und kann helfen, die Attraktivität Deutschlands zu steigern.

Der Gesetzesentwurf greift auch die Forderung nach einer Absenkung der Gehaltsgrenze für die Erteilung einer von Anfang an unbefristeten Niederlassungserlaubnis an hochqualifizierte Spezialisten und leitende Angestellte auf. Hier muss künftig ein Jahreseinkommen von 48.000 Euro erzielt werden statt von bislang 66.000 Euro. Die Absenkung entspricht einer DIHK-Forderung – wenngleich diese bei 40.000 Euro lag.

Auf europäischer Ebene zielt die Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union mit der "Blauen Karte EU" darauf ab, ein erleichtertes Verfahren für die Zulassung hochqualifizierter Drittstaatsangehöriger sowie attraktive Aufenthaltsbedingungen für hochqualifizierte Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen in den EU-Mitgliedstaaten zu schaffen. So ist insbesondere vorgesehen, die "Blaue Karte EU" für bis zu vier Jahre zu erteilen. Die Einkommensgrenze wird auf 44.000 Euro festgelegt, bei Mangelberufen (etwa bei MINT- und IKT-Fachkräften oder Ärzten) soll die Einkommensgrenze 33.000 Euro betragen. Nach zwei Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung können Inhaber einer Blauen Karte eine dauerhafte Niederlassungserlaubnis erhalten.

Quelle: BMBF, DIHK

Tecnopedia gewinnt in 2011

Seit mehr als zwei Jahren haben sich der DIHK und die kooperierenden IHKs mit ihrer interaktiven Onlineplattform tecnopedia zum Ziel gesetzt, mehr junge Menschen für technische Berufe zu begeistern. Am 18. November 2011 wurde tecnopedia Preisträger bei „Deutschland – Land der Ideen“.

Ein Unterrichtsfach „Naturphänomene“ gehöre auf den Stundenplan aller Erstklässler. Das forderte vor gut zwei Jahren, am 25.11.2008, DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben anlässlich der Vorstellung von tecnopedia, dem Naturwissenschafts-Internetportal der IHKs. Die Zielgruppen Unternehmer, Lehrer, Eltern und Wirtschaftsförderer werden mit hilfreichen Informationen und Handreichungen versorgt, um bei Kindern frühzeitig Interesse für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu wecken.

Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und gemeinsam mit der Deutschen Bank wurde tecnopedia aus 2.600 Bewerbungen ausgewählt. Dr. Alexander Winkler von der Deutschen Bank in Frankfurt am Main zeichnete den DIHK stellvertretend als „Ausgewählten Ort 2011“ aus und betonte anlässlich der Preisverleihung: „Die Mitmachplattform tecnopedia hilft bei der besseren Vernetzung von Schulen und Unternehmen.“

[tecnopedia](#) wird ihr Angebot weiter ausbauen. Hierzu haben DIHK und [acatech](#) – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften im November 2011 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Gemeinsam möchten beide Partner die MINT-Bildung stärken und so dem immer gravierender werdenden Nachwuchsmangel im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich begegnen.

Quelle: DIHK

Verleihung des Deutschen Zukunftspreises

Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2011 sind Prof. Dr. Karl Leo, Dr. Jan Blochwitz-Nimoth und Dr. Martin Pfeiffer. Am 14. Dezember 2011 überreichte Bundespräsident Christian Wulff die mit 250.000 Euro dotierte Trophäe.

Mit dem Projekt „Organische Elektronik – mehr Licht und Energie aus hauchdünnen Molekülschichten“ realisierte das Team eine neue, leistungsfähige organische Elektronik. Dazu werden Verbindungen aus Kohlenstoff verwendet, wie sie auch in der Natur vorherrschen. Viele dieser Materialien haben auch halbleitende Eigenschaften und können im Prinzip elektronische Funktionen übernehmen. Deren Effizienz konnte durch Dotierung mit bestimmten anderen Materialien durch das Dresdner Team erheblich gesteigert werden.

Die Arbeiten des Teams wurden an der TU Dresden – Prof. Dr. Leo ist Leiter des Instituts für Angewandte Photophysik und des Fraunhofer IMPS – als Grundlagenforschung begonnen. Am Fraunhofer-Institut für

Photonische Mikrosysteme wurden Fertigungsprozesse und erste Bauelemente entwickelt. Industriell umgesetzt wurde die Forschung dann durch Ausgründungen wie der Novalad AG und der Heliatek GmbH. Dr. Jan Blochwitz-Nimoth ist heute als CSO bei der Novalad AG tätig, Dr. Martin Pfeiffer ist CTO bei der Heliatek GmbH.

2012 geht der „Deutsche Zukunftspreis“ in eine neue Runde. Der DIHK kann als vorschlagsberechtigte Institution bis zu drei Kandidatenvorschläge unterbreiten. IHKs können noch bis zum 13. Januar 2012 geeignete Vorschläge an den DIHK übermitteln. Der Bundespräsident ehrt mit seinem „Preis für Technik und Innovation“ Menschen, die mit Kreativität, Wissen und Können nach überzeugenden Lösungen für marktfähige Produkte suchen.

Quelle: Deutscher Zukunftspreis, DIHK

Forschungsinvestitionen der Wirtschaft wachsen weiter

Die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2010 insgesamt 46,93 Mrd. Euro in interne Forschung und Entwicklung (FuE) investiert – 3,7 Prozent mehr als im Jahr 2009. Das gab der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft am 5. Dezember 2011 in Berlin bekannt. Damit blieb die Quote der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft als Anteil am Bruttoinlandsprodukt BIP praktisch auf dem Stand des Vorjahres bei 1,89 Prozent.

Zusammen mit den staatlichen Aufwendungen beläuft sich die Quote auf geschätzt 2,82 Prozent. Das von Bundesregierung und EU formulierte Ziel drei Prozent in Forschung und Entwicklung zu investieren ist damit nicht mehr weit entfernt.

Die Zahl der Ingenieure, Laboranten und Naturwissenschaftler in den Forschungslaboren der Unternehmen wuchs 2010 um 1,4 Prozent auf 337.000 (in Vollzeitäquivalenten).

Bei den FuE-Investitionen entwickelten sich die Branchen unterschiedlich. Besonders stark zugelegt hat der Kraftfahrzeugbau mit einem Plus von 7,2 Prozent. Ebenfalls zulegen konnten Maschinenbau und Elektrotechnik. Chemie und Pharmazie haben ihre FuE-Anstrengungen gegenüber dem Vorjahr verringert.

Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Neue Ausschreibungen

BMBF: Richtlinien zur Förderung transnationaler Forschungsprojekte von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern zu seltenen Erkrankungen innerhalb des ERA-NET "E-Rare"

Frist: 31.01.2012

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Richtlinien zur Förderung transnationaler Forschungsprojekte zur Validierung von Biomarkern in der individualisierten Krebsmedizin innerhalb des ERA-NET "TRANSCAN"

Frist: 10.02.2012

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Die Förderinitiative "Forschungscampus" möchte die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Universitäten verbessern. Gemeinsam sollen über viele Jahre an einem Ort die Technologien und Dienstleistungen von morgen entwickelt werden.

Frist: 15.02.2012

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Richtlinien zur Förderung von Projekten zum Förderschwerpunkt "Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener"

Frist: 20.02.2012

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Richtlinien für die Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten

Frist: 01.03.2012

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Als Baustein für eine stärker systemisch orientierte Forschungsförderung möchte die Förderinitiative "Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems" eine zügige Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare unterstützen. Gleichzeitig sollen Lösungen für die Bewältigung der damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen erarbeitet werden.

Frist: 15.03.2012

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Richtlinien zur Förderung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet "Energieautarke Mobilität - Zuverlässige energieautarke Systeme für den mobilen Menschen"

Frist: 31.03.2012

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMU: Klimaschutzprojekte in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen

Frist: 31.03.2012

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF und BMU: Förderung von Forschungsvorhaben zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt

Frist: 15.04.2012

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMWi: Förderung von Hochschulen und Unternehmen bei der rechtlichen Sicherung und wirtschaftlichen Verwertung ihrer innovativen Ideen (SIGNO)

Frist: 31.12.2013

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMWi: Richtlinien über die Förderung unternehmerischen Know-hows für kleine und mittlere Unternehmen sowie Freie Berufe durch Unternehmensberatungen

Frist: 31.12.2014

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMWi: Richtlinien über die Förderung unternehmerischen Know-hows durch Informations- und Schulungsveranstaltungen sowie Workshops

Frist: 31.12.2014

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMWi: Erste Bekanntmachung zur Änderung der Richtlinie "BMWi-Innovationsgutscheine (go-Inno)"

Frist: 08.08.2016

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMELV: Richtlinie zur Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben im Bereich der Erhaltung und innovativen, nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Neue Veröffentlichungen/ Neu im Internet

Forschungseinrichtungen und Firmen, die gezielt internationale Partner zur kommerziellen, technologie- oder forschungsorientierten Zusammenarbeit suchen, können über die Kooperationsbörse Future Match auf der CeBIT vom 6. bis 10. März 2012 zu Gesprächen zusammenfinden. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Neue Broschüre - Erfolgreich in Europa - Deutsche Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaftler im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Neue Broschüre - Das Alter hat Zukunft - Forschungsagenda der Bundesregierung für den demographischen Wandel

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Neue Broschüre - Bildung und Forschung für ein zukunftsfähiges Deutschland - Halbzeitbilanz des BMBF in der 17. Legislaturperiode

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Neue Broschüre - Forschung für die zivile Sicherheit - Schutz von Versorgungsinfrastrukturen

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Neue Broschüre - Perspektive Berufsabschluss - Ein Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Neuer Flyer - Förderberatung "Forschung und Innovation" des Bundes

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

BMBF: Neue Broschüre - Life Sciences Cluster Report 2011

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

ZEW: Neue Studie - Internationalisierung von IKT-Unternehmen

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Neue Ausgabe der Zeitschrift "Wirtschaft & Wissenschaft"

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Neuer FuE-Datenreport 2011

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

VDI Technologiezentrum: Studie - Mehr Wohlstand - weniger Ressourcen

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Deutsche Bank Research: Präsentation - Smart Grids - Energiewende erfordert intelligente Elektrizitätsnetze

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Innovationsnachrichten aus der EU

EU-Kommission stellt "Horizon 2020" vor

Am 30.11.2011 hat die Europäische Kommission das Maßnahmenpaket zur Förderung von Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit („Horizon 2020“) als Leitinitiative der Europa-2020-Strategie vorgelegt. Demnach sollen in der Förderperiode von 2014 - 2020 80 Mrd. Euro für Europäische Forschungs- und Innovationspolitik verausgabt werden.

Erstmals sollen in diesem Programm folgende vormals getrennt aufgesetzte Maßnahmen für Forschung und Innovation unter einem Dach gebündelt werden.

- Eine Fortsetzung des 7. Forschungsrahmenprogramms (2007 – 2013)
- Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP)
- Europäischer Forschungsrat (ERC)
- Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und
- Gemeinsame Forschungsstelle (JRC)

Horizon 2020 will dabei die komplette Ful-Wertschöpfungskette von Grundlagenforschung bis zum Markteintritt flankieren und wird daher auf drei Säulen gestellt:

- a) Grundlagenforschung für Europa (24,6 Mrd. Euro),
- b) Industrielle Führung durch Innovation (17,9 Mrd. Euro aufgeteilt auf die Förderung ausgewählter Schlüsseltechnologien, einen verbesserten Zugang zu Kapital sowie zur spezifischen Unterstützung von KMU),
- c) Forschung und Innovation zur Lösung „Gesellschaftlicher Herausforderungen“ (31,7 Mrd. Euro beispielsweise für die Themenfelder Gesundheit/Ernährung, Klima/Energie, Mobilität sowie innovative und sichere Gesellschaft)

sowie weitere 5,8 Mrd. Euro für EIT, JRC und Verpflichtungen aus dem Euratom-Vertrag.

Alle Horizon 2020 Vorhaben sollen künftig von einer zentralen Anlaufstelle betreut werden. Für mehr Transparenz und Effizienz soll es vereinfachte und einheitliche Regeln für die Projektbeantragung geben, unabhängig davon, ob es sich beim Vorhaben um Grundlagen- oder vorindustrielle Forschung handelt. Daher werden lediglich zwei Förderquoten festgelegt mit bis zu 100 Prozent für Forschungs- und 70 Prozent für marktnahe Tätigkeiten. Darüber hinaus wird eine „Flatrate“ von 20 Prozent für indirekte Kosten (Overhead) eingeführt. Die Kommission strebt an, dass die Dauer von Antragsstellung bis zur Bewilligung dras-

tisch verkürzt wird und innerhalb von 100 Tagen erfolgen soll. Neben Exzellenz als Auswahlkriterium sollen für alle für Ful-Vorhaben die „Wirkungsbreite“ sowie „Verwertungschancen“ wesentlich sein.

Dabei sollen die Förderschwerpunkte neben Produktlösungen verstärkt auch bei innovativen Dienstleistungen, bei Pilotvorhaben unter Beteiligung von Stakeholdern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, bei der öffentlichen Beschaffung sowie bei einer innovationsfreundlichen Standardisierung und Normung liegen.

Mit der thematischen Ausrichtung auf „gesellschaftliche Herausforderungen“ – dritte und mit 40 Prozent am Gesamtbudget stärkste Säule bei Horizon 2020 – verbindet die Europäische Kommission die Erwartung, dass aufgrund externer Randbedingungen (demografischer Wandel, Klimawandel, etc.) künftig neue Märkte entstehen werden. Durchbruchs- bzw. systemische Innovationen (z. B. neue Energiespeicher bzw. Mobilitätskonzepte) sollen Europa in eine Vorreiterposition bringen.

Zugänglich für Unternehmen sind primär die zweite (industrielle Führung durch Innovation) und dritte Säule (Gesellschaftliche Herausforderungen) mit einem Gesamtbudget von ca. 55 Mrd. Euro. Mit einem Budget von insgesamt 619 Mio. Euro ist in der zweiten Säule ein eigenes Programm für KMU vorgesehen. Grundsätzlich sollen insgesamt bis zu 8,6 Mrd. Euro für KMU in den zwei Säulen zur Verfügung stehen und – wie bereits beim 7. Forschungsrahmenprogramm – eine Quote von ca. 15 Prozent der Mittel für KMU „reserviert“ werden.

Quelle: Europäische Kommission

EU-Kommission legt Verordnung für mehr Risikokapital vor

Die Europäische Kommission hat am 7. Dezember 2011 eine [Verordnung zur Festlegung einheitlicher Regeln für die Vermarktung von Risikokapitalfonds vorgelegt, um die Kapitalbeschaffung europaweit zugunsten von Start-ups zu erleichtern. Mit der Einführung einheitlicher Vorschriften soll die Basis geschaffen werden, dass Risikokapitalfonds mehr Kapital einsammeln können.](#)

Wenn die Anforderungen erfüllt sind, sollen sich alle qualifizierten Fondsverwalter ihr Kapital unter der Bezeichnung „Europäischer Risikokapitalfonds“ in der gesamten EU beschaffen können. Sie müssen dann nicht mehr die komplizierten und in den einzelnen Mitgliedstaaten auch noch unterschiedlichen Anforderungen erfüllen. Die Kernpunkte des Vorschlags zum Risikokapital beinhalten folgende Maßnahmen:

- Die Schaffung eines einheitlichen „gemeinsamen Regelwerks“ für die Vermarktung von Fonds unter der Bezeichnung „Europäischer Risikokapitalfonds“: Ein „Europäischer Risikokapitalfonds“ muss drei wesentliche Anforderungen erfüllen: Er investiert 70 Prozent des von den Anlegern eingezahlten Kapitals in KMU, stellt Beteiligungs- oder Quasi-Beteiligungskapital für diese KMU bereit („fri-

ches Eigenkapital“) und verzichtet auf jegliche Hebelwirkung (das heißt, der Fonds investiert nicht mehr Kapital als die Anleger eingezahlt haben – darf sich also selbst nicht verschulden).

- Alle Fonds, die diese Bezeichnung verwenden, müssen die einheitlichen Vorschriften und Qualitätsstandards einhalten (auch Offenlegung gegenüber den Anlegern und operative Anforderungen), wenn sie sich in ganz Europa Kapital beschaffen wollen. Das einheitliche Regelwerk soll für mehr Transparenz bei Investoren sorgen.
- Einheitliches Konzept für die Klassifizierung der Anleger, die Kapital in einen „Europäischen Risikokapitalfonds“ investieren dürfen. Zulässig sind demnach professionelle Anleger im Sinne der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID-Richtlinie) und bestimmte andere traditionelle Risikokapitalanleger, z. B. Business Angels.
- Möglichkeit für Verwalter qualifizierter Risikokapitalfonds einen Europäischen Vertriebspass zu erlangen: Dies bedeutet eine spürbare Verbesserung gegenüber den bestehenden Kapitalverwaltungsvorschriften, insbesondere der Richtlinie von 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMD-Richtlinie). Denn der derzeit vorhandene Pass gemäß AIFMD-Richtlinie gilt nur für Fondsverwalter mit einem verwalteten Fondskapital von mehr als 500 Millionen Euro. Überdies bezieht sich der durch die Vorschriften der AIFMD-Richtlinie geschaffene Rechtsrahmen in erster Linie auf Hedgefonds und private Kapitalanlagegesellschaften, eignet sich jedoch weniger für typische Risikokapitalfonds, weshalb diese nun eigene, maßgeschneiderte Rahmenbedingungen bekommen sollen.

Der Vorschlag zum Risikokapital wird nun dem Europäischen Parlament und dem Rat (das heißt den Mitgliedstaaten) zur Beratung und Verabschiedung im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens übermittelt.

Quelle: Europäische Kommission

2,5 Milliarden Euro zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen

Die EU will dem Mittelstand den Zugang zu Finanzierungen erleichtern und Existenzgründungen fördern. Dafür stellt die EU-Kommission 2,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 bis 2020 zur Verfügung.

Gefördert werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die von einem leichteren Zugang zu Geschäftsfinanzierungen profitieren sollen; Bürgerinnen und Bürger, die sich selbständig machen wollen und mit Schwierigkeiten bei der Gründung ihrer Firma oder der Entwicklung ihres Geschäfts konfrontiert sind; Behörden der Mitgliedstaaten, deren Anstrengungen zur Ausarbeitung und Umsetzung effektiver

wirtschaftspolitischer Reformen besser unterstützt werden.

Zudem will die EU-Kommission über das [Enterprise Europe Network](#) (EEN) den Zugang zu Märkten innerhalb der EU für KMU erleichtern und die Finanzierungsberatung fördern. Bei dem „Programme for the Competitiveness of Enterprises and SMEs - [COSME](#)“ (Programm für Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und für KMU) handelt es sich um ein Finanzierungsinstrument, mit dem im Wesentlichen die Maßnahmen des aktuellen Programms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) fortgeführt werden sollen. Die EU-Kommission erhofft sich, so jährlich ca. 39 000 Unternehmen zu unterstützen und zur Schaffung oder Erhaltung von 29 500 Arbeitsplätzen und zur Markteinführung von 900 neuen Unternehmensprodukten, -dienstleistungen oder -verfahren beizutragen.

Quelle: Europäische Kommission

Fahrplan für einen sicheren, wettbewerbsfähigen und CO2-armen Energiesektor

Der Energiefahrplan 2050, den die Kommission am 15. Dezember 2011 vorgestellt hat, legt dar, wie das Ziel einer „Emissionsenkung um mehr als 80 Prozent bis 2050“ ohne eine Beeinträchtigung der Energieversorgung und der Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden soll.

Ausgehend von der Analyse mehrerer Szenarien werden die Auswirkungen eines CO2-freien Energiesystems und des dafür erforderlichen politischen Rahmens beschrieben. Aus dem [Energiefahrplan 2050](#) leitet die Kommission prognostisch folgende Ergebnisse ab:

- Die Dekarbonisierung des Energiesystems ist technisch und wirtschaftlich machbar.
- Energieeffizienz und erneuerbare Energie sind kritische Elemente.
- Da die vor 30 bis 40 Jahren entstandene Infrastruktur ersetzt werden muss, sind Investitionsentscheidungen für die bis 2030 notwendige Infrastruktur jetzt zu treffen.
- Größenvorteile sind notwendig. Dazu gehört ein gemeinsamer Energiemarkt, der bis 2014 vollendet sein soll.

Quelle: Europäische Kommission

Neue Chefberaterin für Wissenschaft

Am 5. Dezember 2011 hat Kommissionspräsident Barroso Professor Anne Glover zur ersten Chefberaterin der Kommission für Wissenschaft und Innovation ernannt.

Die Chefberaterin für Wissenschaft und Innovation hat folgende Aufgaben:

- Beratung des Präsidenten zu allen Aspekten der Bereiche Wissenschaft, Technik und Innovation,
- Aufbau von Beziehungen mit hochrangigen europäischen Gremien

- sowie Einrichtungen in Mitgliedstaaten und anderen Ländern,
- Beratung zu neuen europäischen und international diskutierten Fragen in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Innovation,
- Herausstellung der wissenschaftlichen Werte mit dem Ziel, das Vertrauen der Öffentlichkeit in Wissenschaft und Technik zu stärken.

Professor Glover war von August 2006 bis Dezember 2011 Chefberaterin für Wissenschaft der schottischen Regierung und ist Inhaberin eines Lehrstuhls für Molekular- und Zellbiologie an der Universität Aberdeen sowie von Ehrenämtern am Rowett Institute und am Macaulay Institute. Sie ist ein gewähltes Mitglied der „Royal Society of Edinburgh“ und Mitglied des „National Environment Research Council“ sowie der „American Academy of Microbiology“.

Quelle: Europäische Kommission

Neue Ausschreibungen

7. FRP: Das Projekt "[Korean scientific network with the European Research Area](#)" (KORANET) möchte am 6. Februar 2012 eine Initiative zu umweltfreundlichen Technologien starten. Diese richtet sich an europäische und koreanische Forscher und Wissenschaftler. In gemeinsamen Forschungsarbeiten zu umweltfreundlichen Technologien sollen neue Lösungen entstehen, um grünes Wachstum und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Neue Veröffentlichungen/ Neu im Internet

Europäische Kommission: Auf der Internetseite "[Wissenschaft im Dienste Europas](#)" der Generaldirektion für Forschung und Innovation findet sich der neue Wegweiser zum Jahresbericht 2010 "Science at the Service of Europe". Er stellt die europäischen Forschungsaktivitäten thematisch dar und verweist auf interessante Projekte, die im Jahr 2010 durchgeführt wurden.

Europäische Kommission: Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) sucht die Top-Nachwuchsunternehmer in Europa. Im Rahmen des "EIT Award" werden drei Gewinner aus neun Finalisten am 21.02.2012 in Brüssel bekannt gegeben.

Kurzmeldungen aus aller Welt

AHK Türkei eröffnet Büro in Izmir

Am 20.12.2011 eröffnete die in Istanbul ansässige [Deutsche Außenhandelskammer \(AHK\) Türkei in Izmir ihre erste regionale Außenstelle.](#)

Die drittgrößte Stadt der Türkei ist das wirtschaftliche Zentrum im Westen des Landes und besitzt noch großes Entwicklungspotenzial. Auch für deutsche Unternehmen ist Izmir ein interessanter Standort.

Hier sind bereits das Windenergieunternehmen Enercon, der Flugzeugteile-Hersteller PFW und der Bekleidungskonzern Hugo Boss ansässig.

Die AHK Türkei wurde 1994 gegründet. Sie ist in der Türkei bisher die erste und zurzeit einzige bilaterale Kammer nach türkischem Kammergesetz. Bereits seit 1984 unterhielt der DIHK in Istanbul das "Offizielle Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in der Türkei". So konnte die neu gegründete Kammer auf die langjährige Erfahrung des Delegiertenbüros zurückgreifen und ihre Tätigkeit auf dem vorhandenen hohen Niveau aufnehmen und weiter ausbauen.

Quelle: DIHK

Deutsch-Französischer Wirtschaftspreis verliehen

Zum ersten Mal hat die [Deutsche Auslandshandelskammer \(AHK\) Frankreich](#) am 8. Dezember 2011 Firmen und Institutionen geehrt, die sich durch grenzüberschreitende Kooperationen oder besondere unternehmerische Initiative ausgezeichnet haben.

Der Deutsch-Französische Wirtschaftspreis steht unter der Schirmherrschaft des deutschen Bundeswirtschaftsministers Philipp Rösler und seines französischen Amtskollegen François Baroin. Er soll den erfolgreichen und vertrauensvollen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder unterstreichen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf Unternehmen des Mittelstandes.

Der Preis wurde in den Kategorien Personalmanagement, Umwelt, industrielle Kooperation und Innovation vergeben. Ausgezeichnet wurde hier die Fraunhofer Gesellschaft für ein Kooperationsprojekt des Fraunhofer Institutes für Solare Energiesysteme (ISE), Freiburg im Breisgau, mit dem Institut Carnot CEA-LETI, Grenoble, zu Kostensenkung bei der Herstellung höchsteffizienter Solarzellen.

Quelle: AHK Frankreich

Auslandsportal "German RETech Partnership" startet

Die Exportinitiative für Recycling- und Effizienztechnik ([RETech](#)) des Bundesumweltministeriums steht seit dem 20. Dezember 2011 auf eigenen Füßen. Vertreter von Unternehmen der Kreislaufwirtschaft sowie deutscher Hochschulen haben in Bonn den Verein "German RETech Partnership" gegründet.

Der Verein will vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern moderne Entsorgungsstrukturen stärken. Technik, Logistik und Dienstleistungen aus Deutschland sind in diesem Markt weltweit stark nachgefragt. Mit dem neuen Verein sollen gezielt die für die Unternehmen relevanten Informationen über bestimmte Länder und Zielmärkte gesammelt und wertvolle Kontakte zu Behörden beziehungsweise zu örtlich ansässigen Unternehmen geknüpft werden.

Quelle: BMU

Technologietrends in Deutschland und weltweit



IPC- Technologiebarometer

Oktober 2011 (Stand 01.01.2012)

Technologietrends weltweit und in Deutschland

Mit dem IPC-Technologiebarometer stellt die Handelskammer Hamburg ein monatliches Trendbarometer für die technologischen Entwicklungen in der Welt und in Deutschland zur Verfügung. Dazu wird jeden Monat ein Ranking der Technologiebereiche über die jeweils veröffentlichten Patentanmeldungen des Europäischen Patentamtes und des Deutschen Patent- und Markenamtes erstellt.

Darüber hinaus werden zukünftige, wirtschaftlich relevante Technologien identifiziert. Hierzu werden die Technologiebereiche herausgesucht, die in den zurückliegenden zwölf Monaten die größte Dynamik verzeichneten. Wenn diese Technologiebereiche über einen längeren Zeitraum ihre Dynamik beibehalten, können sie in der Zukunft über ein großes wirtschaftliches Potenzial verfügen.

Ansprechpartner:

Dr. Michael Kuckartz (Michael.Kuckartz@hk24.de), Handelskammer Hamburg

Jochen Halfmann (Jochen.Halfmann@hk24.de), Handelskammer Hamburg

Methodik und Datengrundlage

Für das Aufspüren von technologischen Trends haben sich output-orientierte Indikatoren bewährt. Hierzu zählen Patentanmeldungen. Diese werden eingereicht, wenn erste Forschungsergebnisse vorliegen und diese auf eine mögliche wirtschaftliche Verwertung schließen lassen. Die Patentanmeldezahlen spiegeln daher nicht nur die Ergebnisse technischer Entwicklungsarbeit sondern zusätzlich ein kommerzielles Interesse des Anmelders in einem bestimmten Marktsegment wieder. Dadurch können aus gezielten Patentanalysen Informationen über das Marktgeschehen abgeleitet werden.

Für die Bestimmung der weltweiten Technologietrends mit unserem IPC-Technologiemonitoring werden monatlich die rund 12.000 neu veröffentlichten Patentanmeldungen des Europäischen Patentamtes (EPA) analysiert. Da es sich beim EPA um ein supranationales Patentamt handelt, werden regionale Einflüsse beim Anmeldeverfahren weitgehend ausgeschlossen. Sowohl japanische als auch amerikanische und europäische Anmelder melden ihre werthaltigen Erfindungen in gleicher Weise beim EPA an.

Für die Analyse der deutschen technologischen Leistungsfähigkeit interessieren nur nationale Anmelder, so dass alle Anmelder, die ihren Sitz nicht in Deutschland haben, vor der Analyse aussortiert werden. Als Grundlage der Analyse werden die rund 5.000 neuveröffentlichten Patentanmeldungen deutscher Anmelder beim Deutschen Patent- und Markenamt und des EPA benutzt, sofern nicht bereits eine Prioritätsanmeldung bei dem jeweiligen anderen Amt veröffentlicht wurde.

Die Analyse selbst erfolgt mittels der Internationalen Patentklassifikation (IPC) (<http://depatisnet.dpma.de/ipc/>). Von den Patentämtern wird für jede Patentanmeldung ein oder mehrere Symbole der Internationalen Patentklassifikation vergeben, die dem technischen Inhalt der Anmeldung entsprechen. Dadurch ist eine eindeutige Zuordnung der angemeldeten Erfindung zu Technikgebieten möglich. Die Zunahme in den einzelnen Bereichen wird dann in ein Ranking umgesetzt.

Spitzentechnologien weltweit

Im Oktober 2011 wurden ca. 11.800 neu veröffentlichte Patentanmeldungen des Europäischen Patentamtes (EPA) analysiert. Die Technologiebereiche auf Ebene der Hauptgruppen der Internationalen Patentklassifikation mit den meisten Patentanmeldungen beim EPA waren im Oktober 2011:

IPC (Hauptgr.)	IPC Text	Rang Okt. 2011	Rang Vormonat	Jahrestrend
A61K0031	Arzneimittel, die organische Wirkstoffe enthalten	1	1	⇒
C12N0015	Mutation oder genetische Verfahrenstechnik	2	2	↔
G01N0033	Untersuchen von Stoffen durch spezielle Methoden	3	3	⇒
G06F0003	Schnittstellenanordnungen	4	5	↔
C12Q0001	Mess- und Untersuchungsverfahren unter Einbeziehung von Enzymen oder Mikroorganismen	5	4	⇒
A61K0039	Medizinische Präparate die Antigene oder Antikörper enthalten	6	7	↑
H04L0029	Steuerungen für die Nachrichtenübermittlung	7	14	↘
A61B0017	Chirurgische Instrumente	8	10	⇒
C07K0014	Peptide mit mehr als 20 Aminosäuren	9	6	↑
H04L0012	Datenvermittlungsnetze	10	12	↘

Deutsche Spitzentechnologien

im Oktober 2011 wurden ca. 3.600 neu beim Europäischen Patentamt (EPA) und beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) veröffentlichte Patentanmeldungen mit Anmeldern aus Deutschland analysiert, wenn die Erfindungen beim jeweils anderen Amt nicht bereits als Prioritätsanmeldung veröffentlicht waren. Die Technologiebereiche auf Ebene der Hauptgruppen der Internationalen Patentklassifikation mit den meisten Patentanmeldungen deutscher Patentanmelder beim DPMA waren im Oktober 2011:

IPC (Hauptgr.)	IPC Text	Rang DE Oktober 2011	Rang Vormonat	Jahrestrend
A61K0031	Arzneimittel, die organische Wirkstoffe enthalten	1	1	⇒
H01L0021	Herstellungsverfahren für Computer-Chips	2	3	⇒
A61B0005	Messen zu diagnostischen Zwecken; Identifizieren von Personen	3	6	↘
H01M0010	Sekundärelemente (Akkumulatoren); Herstellung derselben	4	2	↑
B60R0016	Steuerungen in Fahrzeugen z.B. zur Erhöhung des Sitzkomforts	5	4	↔
H01L0031	Halbleiterbauelemente, die auf Licht ansprechen	6	8	↘
A61K0008	Kosmetika oder ähnliche Zubereitungen	7	7	⇒
G01N0033	Untersuchen von Stoffen durch spezielle Methoden	8	5	↘
B60R0021	Schutz vor oder zur Verhütung von Verletzungen bei Fahrzeuginsassen oder Fußgängern	9	9	↔
B60N0002	Anordnung oder Montage von Sitzen in Fahrzeugen	10	10	↘

Anteil Deutschlands an den Topstechnologien weltweit

Von besonderem Interesse für Deutschland ist, wie sich in den weltweiten Spitzentechnologien deutsche Unternehmen und Wissenschaftler behaupten. Als Vergleichswert kann hier der deutsche Anteil über alle Technologien herangezogen werden. Den Analysen im Rahmen des IPC-Technologiebarometers zufolge betrug er in den vergangenen 12 Monaten 16,8 Prozent. In Technologiebereichen, in denen dieser Wert deutlich überschritten wird, hat Deutschland also besondere Stärken, in den Bereichen, in denen der Wert unterschritten wird, dem entsprechend Schwächen.

Prozentualer Anteil Deutschlands an den Topstechnologien weltweit:

IPC	IPC Text	Rang Oktober 2011	Anteil DE Oktober 2011	Anteil DE letzte 12 Monate	Anteil DE Bewertung
A61K	Präparate für medizinische, zahnärztliche oder kosmetische Zwecke	1	10,8%	11,1%	↓
G06F	Elektrische digitale Datenverarbeitung	2	7,5%	6,9%	↓
A61P	Therapeutische Aktivität von chemischen Verbindungen oder medizinischen Zubereitungen	3	9,5%	9,6%	↓
A61B	Diagnostik; Chirurgie; Identifizierung	4	13,0%	12,4%	↓
H01L	Halbleiterbauelemente	5	12,6%	13,1%	⇒
H04L	Übertragung digitaler Information	6	5,5%	5,9%	↓
G01N	Untersuchen oder Analysieren von Stoffen durch Bestimmen ihrer chemischen oder physikalischen Eigenschaften	7	14,1%	15,3%	⇒
H04W	Drahtlose Kommunikationsnetze	8	3,7%	3,7%	↓
C12N	Mikroorganismen oder Enzyme	9	10,4%	10,0%	↓
C07D	Heterocyclischen Verbindungen	10	16,3%	14,1%	⇒

Neue Technologien mit Potenzial

Gesucht werden Technologien, die die relativ größten Zuwächse im Beobachtungszeitraum hatten. Der Aufstieg im Ranking kann dabei durch viele Faktoren bestimmt werden, die durchaus eine große Dynamik vortäuschen können. So ist nicht davon auszugehen, dass alle identifizierten Bereiche tatsächlich eine besondere wirtschaftliche Bedeutung erhalten werden. Hierfür muss die Dynamik längerfristig anhalten. Im Monat Oktober 2011 haben sich besonders folgende drei Technologiebereiche im Ranking der letzten 12 Monate weit nach vorne geschoben:

IPC	IPC Text	Trend
H04N0013	Stereoskopische Fernsehsysteme	↑
F21K0099	Lichtquellen, besondere Sachverhalte	↑
A61M0027	Abflussvorrichtungen für Wunden oder dgl.	↑

Ansprechpartner

Dr. Michael Liecke (DIHK)

Tel.-Nr.: 030-20308-1540 Fax: 030-20308-1555

E-Mail: liecke.michael@dihk.de

Eva Schulz-Kamm (DIHK)

Tel.-Nr.: 030-20308-1506 Fax: 030-20308-1555

E-Mail: schulz-kamm.eva@dihk.de

ISSN 2190-8435